

## Folge 8

### Aus Regierungskreisen — der Podcast der Bundesregierung

**Thema:** 30 Jahre Deutsche Einheit

**Gäste:** Matthias Platzeck, Vorsitzender der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“

[Musik]

**[Sven Siebert, Moderator]** Hallo, willkommen zu „Aus Regierungskreisen — dem Podcast der Bundesregierung“. Ich bin Sven Siebert. Ich bin Gastgeber dieses Podcasts und heute habe ich Matthias Platzeck zu Gast. Matthias Platzeck war Ministerpräsident Brandenburgs und Vorsitzender der SPD. Jetzt ist er Vorsitzender der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“. Die hat nun ihren Abschlussbericht vorgelegt. Der Titel der Kommission sagt schon, worum es heute geht, nämlich um die deutsche Einheit, die Bilanz nach 30 Jahren und was aus Sicht der Kommission jetzt passieren müsste. Guten Tag, Herr Platzeck.

**[Matthias Platzeck, Gast]** Grüße Sie! Hallo, Herr Siebert.

**[Siebert]** Herr Platzeck, als Deutschland vor 30 Jahren wiedervereinigt wurde, was erschien Ihnen damals als größte Herausforderung?

**[Platzeck]** Also, ich war in den ersten Jahren ja Mitglied der brandenburgischen Landesregierung und für uns war die mit Abstand größte Herausforderung der fast totale Zusammenbruch unserer industriellen Basis. Der setzte [...] mit der Währungsunion im Juli 1990 [ein] und setzte sich dann bis Mitte der 90er Jahre fort. Dagegen schien kein Kraut gewachsen und das war das, was uns von früh bis abends letztlich beschäftigt hat.

**[Siebert]** Und heute? Was ist im Rückblick die schwerste Aufgabe gewesen?

**[Platzeck]** Ja, wenn man nach 30 Jahren auf diese drei Jahrzehnte schaut, dann wird einem klar, was Ralf Dahrendorf, der kluge Soziologe, mal Anfang der 90er Jahre gemeint hat und dafür teilweise auch ein bisschen belächelt wurde, als er gesagt hat: „Ihr werdet es erleben. Sechs Monate dauert es, bis die grundsätzlichen Instrumente der Demokratie funktionieren. Sechs Jahre dauert

es, bis die Marktwirtschaft Fuß gefasst hat. Aber es wird ungefähr 60 Jahre dauern, bis die emotionalen, die mentalen Faktoren der Vereinigung dann alle greifen.“ — also das Sozialleben sich angeglichen hat und so. Und heute nach 30 Jahren muss man sagen, er hatte wohl Recht.

**[Siebert]** Das heißt, wir reden auch jetzt, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, eher über die Defizite oder über die Schwierigkeiten des Prozesses?

**[Platzeck]** Also, [das] würde ich so nicht übersetzen wollen. Man muss heute schon nach 30 Jahren — oder man kann glücklicherweise heute nach 30 Jahren sagen – dass die Menschen im Osten diese drei Jahrzehnte wirklich zu einer Erfolgsgeschichte gemacht haben, weil — und das kann man im Rückblick besser erkennen, damals wussten wir glücklicherweise nicht immer, was vor uns liegt — es ist im Prinzip Unvorstellbares bewältigt worden. Und aus dem Zusammenbruch, den ich eben kurz skizziert habe, ist am Ende wirklich ein spürbarer Aufbruch geworden. Heute — [das] kann man ja auch wahrnehmen — wird der Osten immer mehr zu einer Region mit Zukunft und Perspektive. Man kann es unter anderem daran messen, dass wir zum ersten Mal seit zwei, drei Jahren ein positives Saldo bei Zu- und Wegzügen haben. Das heißt, es kommen mehr Menschen in den Osten, als ihn verlassen. Das war die Jahrzehnte vorher genau umgekehrt. Und das ist ein sicheres Zeichen dafür, dass sich hier was getan hat. Also, von daher ist [da erstmal] eine Positivbilanz angebracht. Und man merkt auch, dass sich langsam, aber sicher [doch] sowas wie Stolz auf die eigene Region [...] ausbreitet. [Die Umfragen sagen:] 80 Prozent [...] der Menschen identifizieren sich mit Ostdeutschland, als Ostdeutsche und beginnen, stolz auf das Geleistete zu werden.

**[Siebert]** Ja, Sie sagten gerade „stolz auf das Geleistete“. Im Mittelpunkt des Berichts steht ja mal wieder, wie auch in den vergangenen Jahren immer wieder bei ähnlichen Gelegenheiten – die Forderung nach der Anerkennung der Lebensleistung der Ostdeutschen. Was ist damit eigentlich gemeint?

**[Platzeck]** Ja, das ist ja genau das, was ich eben mit „aber“ schon ungefähr andeuten wollte. Es gibt immer, wo menschliche Gesellschaft sich entwickelt — da ist es nie astrein nur entweder so oder so. Und das hat der Bundespräsident ja mal sehr schön [...] in einer Rede zur deutschen Einheit [zusammengefasst], in dem er gesagt hat, [dass] dieser Umbruch [...] eine solche Wucht gehabt [hat], eine solche Tiefe, wie ihn keine westdeutsche Generation nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat. Und so was, Herr Siebert, hinterlässt natürlich in einer Gesellschaft Spuren, sowas hinterlässt Verwerfungen, sowas hinterlässt auch Wunden, überhaupt keine Frage. Und daraus resultierend, muss man ja [dann] auch mal [...] schauen: Wie sind wir damit umgegangen? Haben wir das überhaupt bemerkt? Haben wir das, was da in der Gesellschaft passiert ist, richtig eingeschätzt? Und wir müssen heute konstatieren: Nee, haben wir nicht,

was vielleicht nicht ungewöhnlich ist, weil die deutsche Vereinigung [...] ja nun nicht einem ausgeklügelten Plan [unterlag], sondern die meisten waren darauf unvorbereitet. Das muss man ja ehrlicherweise heute sagen. Diese Transformation ging unheimlich tief und schnell und deshalb ist es eigentlich eine ganz normale Reaktion, dass [beim Tun] auch Fehler [...] passieren. Und einer der Fehler — der wird heute deutlich offenbar — [ist], dass die Menschen sagen: „Hallo? Wir haben hier wirklich Immenses geleistet, aber kein Mensch redet letztlich drüber.“ Kein Mensch erkennt, dass — also „kein Mensch“ ist immer übertrieben, das wissen wir — aber gesellschaftlich wird das nicht anerkannt. Und auch dazu hat der Bundespräsident [mal] eine Zusammenfassung [...] geliefert, die das genau beschreibt, in dem er gesagt hat, dass die Geschichten dieser Bewältigung des Umbruchs — also, die Geschichten dessen, was die Ostdeutschen geschafft haben — heute noch nicht zu unserer gesamtdeutschen Geschichte gehört. „Und das wird höchste Zeit“, hat er gesagt. Und dem habe ich eigentlich nichts hinzuzufügen.

**[Siebert]** Aber wenn Sie sagen: „Kein Mensch erkennt das an“, dann heißt das ja eigentlich immer: Die Westdeutschen erkennen das nicht an, oder?

**[Platzeck]** Ja, ich habe ja gesagt: „Natürlich ist das zu holzschnittartig“ und man könnte jetzt noch viele Beispiele anführen: „Ja, wir haben uns doch bemüht“ und so weiter. Aber wir leben in einer Mediengesellschaft — überhaupt keine Frage — und medial ist das Ganze, was hier passiert ist, längst nicht das Allgemeingut. Mittlerweile ist längst nicht ubiquitär verbreitet, dass Außergewöhnliches während diesen 30 Jahren zwischen Oder und Elbe passiert ist. Und das ist ein Manko. Deshalb weiß auch kaum jemand, dass eine große Kompetenz [...] im Osten Deutschlands [entstanden ist]; nämlich eine Umbruchkompetenz, die wir alle [...] für die Zukunft [brauchen werden], die dringend benötigt wird, weil wir [...] weitere Transformationen vor uns haben [werden]. Wir werden weitere Umbrüche erleben. Die ersten deuten sich ja jetzt schon an. Und deshalb vergeben wir uns eigentlich alle etwas, wenn wir das nicht wahrnehmen und nicht wissen. Und wie es dazu kommen kann, [...] hat viele Ursachen — keine Frage — aber eine der Ursachen ist mit Sicherheit auch die gravierende Unterrepräsentanz von ostdeutschem Sachverstand, von ostdeutscher Kompetenz in allen Führungsetagen in Deutschland. Übrigens, speziellerweise — und das ist wirklich schon mehr als besorgniserregend — selbst im Osten Deutschlands sind, wie die Untersuchungen der jüngeren Zeit allesamt belegen, circa 80 Prozent der Führungspositionen — ob Sie Medien nehmen, ob Sie Unternehmen nehmen, ob Sie Verwaltung oder Gerichte nehmen — 80 Prozent der Führungspositionen im Osten mit Westdeutschen besetzt. Das kann man sich kaum vorstellen. Es ist aber die Realität. Ich habe mal einen bayerischen Spitzenpolitiker gefragt, was bei ihm passieren würde, wenn 80 Prozent der bayerischen Leitungsfunktionen mit Ostdeutschen besetzt wären. Da hat er kurz und knapp gesagt: „Revolution, gleich morgen!“ Das ist die Situation.

**[Siebert]** Das ist die Situation, aber das ist ja historisch zu erklären, weil 1990 sehr viele ostdeutsche Eliten, auch nach dem Willen des Volkes, nicht mehr zur Verfügung standen und [...] in diesen Führungspositionen [nicht mehr gewollt wurden] und weil diese Führungspositionen [...] mit Leuten, die berufliche oder politische Qualifikationen dafür besaßen, [besetzt werden mussten], oder?

**[Platzeck]** Widerspruch, Euer Ehren!

**[Siebert, lacht]** Sehr gern.

**[Platzeck]** Ja, das ist historisch damals so entstanden, das ist auch völlig unbestritten und da gab's auch Notwendigkeiten, auch das ist keine Frage. Ob sie so ausufernd sein mussten, wie sie damals ausgeübt wurden, ist noch eine Frage, die [...] Historiker mal untersuchen und beantworten [werden]. Aber was dann passiert ist, ist nicht vorhergesehen worden. Übrigens, ich beziehe mich da mit ein. Ich habe das auch selber nicht vorhergesehen. Ich war ja lange mit in politischer Verantwortung. Wir haben da nämlich ganz normal gedacht, so: „Na ja, nach 10-15 Jahren — dann sind auch junge Ostdeutsche inzwischen mit ihrer Ausbildung oder mit ihrem Studium fertig und dann werden sie bei der nächsten Besetzungswelle genau diese Funktionen alle einnehmen.“ Pustekuchen! Heute nach 30 Jahren stellen wir fest: Nichts davon hat stattgefunden, ganz im Gegenteil: Die Zahl, 80 Prozent, steht immer noch eisern. Einer der Wissenschaftler hat uns während der Kommissionsarbeit gesagt: „Kinder, ihr müsst schon mal einsehen. Es gibt eine uralte Erkenntnis der Elitenforschung. Eliten rekrutieren sich immer aus Eliten.“ Man kennt sich, man bildet Netzwerke, man vertraut sich — alles menschlich. Und dagegen müssen wir jetzt wirklich etwas tun, weil es [...] ein absolut ungesunder Zustand [ist], wenn in der eigenen Region, nicht die eigenen Leute auch die Verantwortung tragen. Das führt zu Misstrauen. Das führt zu Entfernung von demokratischen Vorgängen und Institutionen und das darf nicht der Dauerzustand werden. Nun ist es schwierig. Der Vorschlag lautet immer: Führt eine Quote ein! Dazu ist es einfach zu spät. Das hätte man nach fünf Jahren machen können. Heute, nach 30 Jahren, ist eine solche Quote weder praktikabel noch justizierbar und es ist auch die Frage, ob sie gerecht sein kann. Denn nach 30 Jahren muss man fragen, wer ist jetzt eigentlich was? Wenn einer '91 hier geboren ist, obwohl seine Eltern aus dem tiefsten Westen kamen, dann muss man erstmal klären: Ist das nun ein Ostdeutscher, oder ist das ein Westdeutscher mit seinen 30 Jahren? Deshalb geht Quote nicht. Was aber geht, ist, dass man jetzt Netzwerke fördert, dass man Begabtenförderung macht, dass man die Dinge, die noch nicht da sind, jetzt [auch mal] schafft und dass man die Aufmerksamkeit, den Scheinwerfer praktisch darauf richtet. Wenn zum Beispiel ein Intendant die Chefredakteursstellen [...] oder die Redakteursstellen [neu] besetzt, im Osten Deutschlands speziell, dass

er dann auch schaut: Habe ich da nicht Leute aus der eigenen Region, die das auch können und beherrschen?

**[Siebert]** Nochmal zurück zum Gefühl des Zurückgesetztseins. Sehr viele Befragte sagen in den Umfragen, die ihre Kommission in Auftrag gegeben hat, sie fühlten sich als Deutsche zweiter Klasse. Aber sind wir nicht vielleicht inzwischen viel weiter und die Ostdeutschen glauben nur, die Wessis nehmen sie nicht für voll?

**[Platzeck]** Ja... nur ist es im politischen Raum immer so: Wenn Sie den Befund haben, dass zwei Drittel der Leute so empfinden, wie sie empfinden, dann ist es erstmal zweitrangig, ob das jeder objektiven Prüfung auch Stand hält. Sondern dann [ist] das ein Befund, mit dem man umgehen muss, auch wenn es [vielleicht] emotional getrieben ist [...] oder was weiß ich. Es ist nicht so relevant, ob es hundertprozentig stimmt, sondern die Schwierigkeit dieser Sachlage ist, dass viele Leute das Gefühl haben — übrigens, die fühlen sich selber nicht zweitklassig. Das sagen die Umfragen nicht, sondern sie haben den Eindruck, dass sie in dieser Gesellschaft als zweitklassig angesehen werden. Und da müssen wir — da hilft uns wirklich nichts — da müssen wir sehen: Wie kann es dazu kommen? Und wir haben eben ja schon einige der Mechanismen angeschnitten, dass diese Gefühlslagen zumindest ihr Futter scheinbar kriegen. Also, ich will mich nicht damit zufrieden geben zu sagen, dass es ein falsches Gefühl [ist], weil dann haben wir es in fünf oder in zehn oder in 15 Jahren immer noch. Was wir bemerken — übrigens auch wir beide, wenn wir jetzt darüber reden und wir haben es in der Kommission in den letzten anderthalb Jahren auch gemerkt und wir hatten unter anderem [auch] eine hochbegnadete Psychoanalytikerin [...] in der Kommission, Annette Simon, eine der Besten ihres Fachs, die sich auch viel, sag' ich mal, mit der Ostseele auseinandersetzt — aber wir haben allesamt gespürt: Über diese gesellschaftlichen Vorgänge, die diese Transformation ausgelöst hat, wissen wir heute noch viel zu wenig. Wir können es noch nicht fruchtbar machen. Wir können es nicht wirklich begründen oder erläutern oder steuern. Und deshalb hat die Kommission ja unter anderem den Vorschlag gemacht, ein Zentrum [...] für europäische Transformationsforschung und deutsche Einheit [zu gründen], weil wir [...] uns nicht damit begnügen [dürfen], dass wir [bei vielem] zwar sehen, wie es geschieht, aber nicht wissen, warum es geschieht. Und wir dürfen uns auch nicht damit begnügen, dass wir solche Prozesse — dass wir da ein Erkenntnisdefizit haben. Denn wir werden diese Erkenntnisse benötigen. Nehmen Sie die Digitalisierung, nehmen Sie die Umstellung der gesamten Autoindustrie in Deutschland, nehmen Sie die Prozesse in Osteuropa — überall werden solche Erkenntnisse gebraucht. Und ich möchte gerne, dass wir sie positiv — also diese Ressource, die wir vorhin besprochen haben: hohe Identität mit der Region, beginnender Stolz auf die eigene Leistung — das müssen wir als Ressource

nutzen. [Da] müssen wir Honig [raussaugen], für die Gestaltung der nächsten Jahre und Jahrzehnte.

**[Siebert]** Sie sagen, die Umbruchkompetenz im Osten [sei] besonders groß und deswegen [sollte] es dieses Zentrum geben. Gleichzeitig ist doch möglicherweise auch die Zahl derer sehr groß, die sich dem neuen Umbruch, einer neuen Transformation oder den Transformationen, die diese Zeit jetzt mit sich bringt, widersetzen und die eigentlich gar keine Lust haben, jetzt ihre Umbruchkompetenz da einzubringen, oder?

**[Platzeck, schmunzelt]** Ja klar, wir sind alle Menschen und damit sind wir sehr unterschiedlich. Wenn es hier 14 Millionen in der Region sind, dann sind das 14 Millionen unterschiedliche Wesen. Aber es gibt immer ein paar überlagerte Entwicklungen und es gibt immer ein paar Dinge, die man auch ein Stück generalisieren kann. Und ich glaube erstens, dass es nicht unerklärlich und nicht ungewöhnlich ist, dass wenn die Generation — nehmen Sie mal an, Sie waren 1989 30 [Jahre alt], dann sind Sie jetzt gerade 60 und haben in diesen 30 Jahren so unvorstellbar vieles erlebt. Nicht nur, dass Sie drei Währungen in der Brieftasche hatten, in dieser historisch kurzen Zeit. Nicht nur, dass Sie einen Zusammenbruch der gesamten Wirtschaftsbasis in Ihrem eigenen Land erlebt haben, die Auflösung des eigenen Landes und und und. Das muss ja alles verarbeitet werden. Und das kann für ein Leben auch ein Stückchen zu viel sein, wenn Sie dann noch das Pech hatten — und das haben ja Hunderttausende gehabt — dass Sie einen neuen Beruf lernen mussten, dass Sie vielleicht in diesem neuen Beruf nur [den] Mindestlohn bekommen haben. Dann ist es nicht verwunderlich, wenn es da auch ein Stück Reserviertheit, Verweigerungshaltung oder gar Resignation gibt. Aber unsere Umfragen sagen: Das betrifft einen relevanten Teil der Gesellschaft. Den kann man auch keinesfalls negieren. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Aber die Mehrheit der Menschen hat Tritt gefasst, ist tatenlustig und möchte gestalten. Und deshalb glaube ich, dass wir allen Anlass haben, diese positiven Erfahrungen, die die Menschen beim Durchstehen dieser letzten 30 Jahre gesammelt haben – wie gesagt auch fruchtbar zu machen.

**[Siebert]** Also, dieses Zukunftszentrum — was soll das eigentlich sein? Sie sagen in dem Abschlussbericht, das [solle] auch in architektonischer Hinsicht die Lebensleistung der Ostdeutschen würdigen. Wie stellen Sie sich das vor?

**[Platzeck]** Also, es soll erstmal eine Einrichtung sein, die eine hochmoderne Forschungseinrichtung ist. Hochmodern heißt heute übrigens — das merken Forscher auch immer mehr, sie tun es ja auch an vielen Stellen — man muss sich der Gesellschaft öffnen. Also, der alte Einsteinurm [...] funktioniert so nicht mehr, dass man [sich da] zurückzieht und forscht. Sondern heute muss man in gesellschaftlichem Diskurs sein, man muss sich der Auseinandersetzung stellen.

Und für die Transformationsforschung gilt das allemal. Wir wollen also ein Forschungszentrum für Transformationsfragen haben. Wir wollen gleichzeitig eine Begegnungs- und Dialogstätte haben, die also der Gesellschaft gegenüber, den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, offen ist. Die das auch aufnimmt, die auch die Möglichkeiten schafft – auch architektonisch – dass man in ihr diskutieren kann, dass dort Foren stattfinden können, dass Diskussionen stattfinden können. Und es soll ein dritter Bestandteil sein: ein Kultur- und hochmodernes Ausstellungszentrum, wo [sich] auch die Leistung der letzten 30 Jahre [...] wiederfindet, wo sie abgerufen werden kann, wo sie besichtigt werden kann. Ja, und das Ganze soll auch ein architektonisches Signal sein. Es soll diesen Aufbruch auch symbolisieren. Es soll auch zeigen, dass hier Außergewöhnliches in den 30 Jahren vonstattengegangen ist und, ich sag' mal, da haben wir schon für kleinere Anlässe Dinge geschaffen, die auch sehr schön sind — siehe Elbphilharmonie und anderes — aber wenn wir sowas machen, dann hat doch die Leistung der Millionen Ostdeutschen in den vergangenen 30 Jahren allemal ein solches architektonisches Ausrufezeichen auch mal verdient.

**[Siebert]** Stichwort Elbphilharmonie — da wäre jetzt meine Befürchtung: Bis Sie mit Ihrem Zukunftszentrum fertig sind, sind all die mit der Umbruchkompetenz schon in Rente.

**[beide lachen]**

**[Platzeck]** Na, hoffen wir mal, dass das dann ein bisschen besser und schneller geht.

**[Siebert]** Die Kommission fordert — das ist auch nicht neu, das stand auch schon in anderen Berichten zur deutschen Einheit — die Stärkung strukturschwacher Regionen. Muss man nicht sagen: Wo die Stärkung in den vergangenen 30 Jahren nicht gelungen ist, wird's auch künftig nichts mehr?

**[Platzeck]** Ja, das glaube ich nicht und das will ich auch nicht glauben. Wir haben ja herausgearbeitet, dass da, wo die Dinge nicht funktionieren und wo die Menschen das spüren, [es] ganz viele Bestandteile [hat] — Verkehrliche, Mobilitätsfragen, Versorgungsfragen, Arztdichte, Beschulungsmöglichkeiten und und und. Dort können wir förmlich messen, dass auch eine größere Entfernung zur Demokratie, eine größere Entfernung zu demokratischen Institutionen stattfindet. Und das kann sich und das sollte sich – und ich glaube – das will sich eine Gesellschaft auch nicht leisten. Wir sind schon durch unser Grundgesetz angehalten, eine möglichst gleichwertige Entwicklung, die natürlich immer ihre Unterschiede hat — Flensburg wird nie München und die Uckermark wird wahrscheinlich nicht Starnberger See — aber —

**[Siebert]** Obwohl es da auch so schön ist!

**[Platzeck, schmunzelt]** Ja, das ist noch schöner! Das sage ich als Uckermärker, aber egal. Wir wollen ja gar nicht, dass es zu viele wissen.

Also, von daher glaube ich schon, dass es lohnt und auch nötig ist, die Dinge, die wichtig sind — es geht ja nur um strukturelle Ungleichgewichte — die auch zu entwickeln. Und es gibt noch etwas anderes: Wir haben im Osten Deutschlands, leider muss man sagen, nach 30 Jahren bei Einkommen, bei Vermögen, bei Immobilienbesitz und und und, [...] bei Lohn- und Arbeitszeitfragen auch, immer noch so gravierende Unterschiede. Das darf in der Zukunft nicht festzementiert werden, sondern da muss es Bemühungen geben, da wenigstens eine Bewegung reinzubringen, die diesen Unterschied nicht für die nächsten 100 Jahre festschreibt.

**[Siebert]** Sie haben die Ursachen gerade eben schon angesprochen oder Teile der Ursachen. Der Bericht schildert ja auch, dass Rechtsextremismus und Rassismus im Osten weiter verbreitet sind und dass ein wachsender Teil der Menschen in Ostdeutschland Demokratie ablehnt, in Frage stellt und auch die Marktwirtschaft nicht als Wirtschaftssystem anerkennt. Was geht da schief? Nochmal ein bisschen mehr im Detail.

**[Platzeck]** Ich glaube, dass das eine Summe [...] aus Dingen [ist], die in der noch fernereren Vergangenheit und in der jüngeren Vergangenheit liegen. Wenn ich „ferne Vergangenheit“ sage, dürfen wir nicht völlig die Wirkung unterschätzen, dass wir ehemaligen DDR-Bürger aus einer Gesellschaft kommen, die ausgesprochen autoritär organisiert war, wo der Staat sich für alles verantwortlich fühlte – Klammer auf: Dieser Verantwortung konnte er gar nicht und wurde er auch nicht gerecht. Klammer zu – aber er hat das so apostrophiert. Das heißt, wir haben in die neue Gesellschaft auch eine wesentlich höhere Quote an Staatsgläubigkeit, sage ich mal, mitgenommen, wo vom Staat viel mehr erwartet wurde, als das in einer tradiert offenen Gesellschaft der Fall ist, also bei uns der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland. Diese Grundlage [...] wurde dann [praktisch] noch befeuert, in dem der [seiner Zeit] eine hohe Anerkennung [...] genießende Bundeskanzler Helmut Kohl gesagt hat: „Also, macht euch mal nicht zu große Sorgen. In fünf Jahren wird hier alles blühen.“ Das hat man für bare Münze genommen. Und dann kommen wir zu einem Zustand, der in der Politik immer mit gravierenden Folgen behaftet ist, wenn die Hoffnungen nämlich zu hoch fliegen und wenn sie dann krachend enttäuscht werden. Und wenn statt der blühenden Landschaften, die Tätigkeit von tausenden und zehntausenden Menschen war, ihren letzten Betrieb abzureißen, ohne [gleich] die Perspektive [...] für einen neuen zu sehen. Und wenn die ersten Begegnungen mit der neuen Gesellschaft für Hunderttausende das Arbeits- und Sozialamt war, dann können Sie nicht erwarten, dass da wirklich eine brennende und spontane Liebe entsteht. Das sind Dinge, mit denen wir bis heute noch umgehen müssen. Dann haben wir einen zweiten Fakt, der mindestens so gravierend wirkt. Ich komme aber immer

wieder auf Dinge, die wir nochmal viel genauer, als wir das bisher vermocht haben, untersuchen müssen. Nämlich: Was macht das mit einer Gesellschaft? — der Auszug, der Wegzug, von zweieinhalb Millionen jungen Leuten in wenigen Jahren. Wir haben einen Aderlass erlebt, den hat noch keine Gesellschaft — vielleicht im Dreißigjährigen Krieg, sagen manche Historiker — hat noch keine Gesellschaft erlebt. Die Ost-Gesellschaft ist dadurch praktisch auf den Plautsch gealtert, weil es meistens junge Leute waren, die gegangen sind. Dazu kommt, dass sie meistens mutig waren, gut ausgebildet und unternehmungslustig. Sowa fehlt dann natürlich. Da, wo sie hinkommen, sind sie eine Bereicherung. Da, wo sie weggehen, hinterlassen sie eine Fehlstelle. Solche Gesellschaften, die so eine Auswanderung hinter sich gebracht haben oder erdulden mussten, [...] werden natürlich nicht automatisch mutiger und zukunftsfreudiger und zupackender. Das sind [gesellschaftlich alles] ganz normale Prozesse. So, und wenn Sie dann — da will ich mich jetzt nicht wiederholen — in einer Generation noch so viel einschneidende Erlebnisse haben — nach dem industriellen Zusammenbruch, kam ja dann noch die Wirtschafts- und Finanzkrise, dann die Flüchtlingskrise und das alles, wie gesagt, in kurzer Zeit — das kann dann durchaus dazu führen, dass wir in der Demokratiegeneigtheit, in der Zuwendung zur Demokratie, Defizite und offene Fragen haben. Man könnte jetzt noch, mit Sicherheit, weitere Punkte anführen, z. B., dass wir gerade in politischen Fragen in den 90er Jahren auch eine durchaus verunsicherte Lehrerschaft im Osten Deutschlands hatten, die ja aus einem völlig anderen Kontext kam und deshalb, wahrscheinlich, die politische Bildung auch nicht auf dem vielleicht erforderlichen oder nötigen Stand gewesen ist.

**[Siebert]** Um jetzt wieder zu den unzulässigen Verallgemeinerungen zurückzukehren: Was, würden Sie denn jetzt sagen, [...] erwarten Sie von *den* Ostdeutschen?

**[Platzeck]** Das steht mir überhaupt nicht zu, etwas zu erwarten. Ich würde mich freuen, wenn das, was ich spüre — ich bin ja sehr viel unterwegs, auch auf Veranstaltungen, soweit das Corona zugelassen hat und zulässt, aber auch in den vergangenen Jahren und ich nehme es schon sehr deutlich wahr, wie gesagt, beginnend so vor vier, fünf Jahren, auch mit dem Wiederankommen von jungen Leuten, die mal vor 15 Jahren das Land verlassen haben, also praktisch ihr Bundesland verlassen haben, in den Westen gegangen sind, jetzt zurückkommen — es beginnt [sich] etwas wie ein neues Selbstbewusstsein [...] auszubilden. Ein Selbstbewusstsein, was natürlich immer noch diesen Rückblick braucht: „Mensch, wir haben doch was geschafft! Dreht euch mal um! Schaut, wo wir 1990 losmarschieren sind! Schaut, wo wir heute stehen! Wenn wir das hingekriegt haben, dann schaffen wir auch das nächste Jahrzehnt und das übernächste Jahrzehnt, egal welche Probleme es uns auferlegt.“ Und diese Gefühlslage — wissen Sie, ich bin immer so ein bisschen neidisch auf die

Bayern, wo ich das Gefühl habe, die kommen auf die Welt, schlagen sich mit ihren kleinen Händchen auf die Brust und rufen: „Mir san mir!“

**[Siebert schmunzelt zustimmend]**

**[Platzeck]** Dieses positive Selbstbewusstsein — das ist ja keine Arroganz, das ist so ein positives Selbstbewusstsein: „Wir schaffen das, was wir uns vornehmen“ — wünschte ich mir, weil die Ostdeutschen [...] nach diesen 30 Jahren allen Grund [hätten], ohne unbescheiden zu sein, genau diese Art Selbstbewusstsein zu entwickeln. Bayern hat das sehr gutgetan, wie man an der Entwicklung sieht und das wünsche ich mir für unsere Region zwischen Rostock und Suhl auch.

**[Siebert]** Und gehört dazu auch zu sagen: „Wenn ihr jetzt da so ein bisschen in der Schmollecke sitzt, dann gebt euch einen Ruck und kommt da mal raus!“?

**[Platzeck]** Ja, klar! Und ich sag’ auch immer: „Lasst uns reden mit den Leuten, keinen aufgeben!“ Also, ich schließe hier wirklich Nazis und Rechtsextreme von sowas völlig aus. Die haben nur vor, diese Gesellschaft kaputtzumachen. Aber es gibt da noch ganz, ganz viele Menschen dazwischen und da muss man immer wieder den Mut haben und genau analysieren — auch das wollen wir dann versuchen, in einem solchen Transformationsforschungszentrum zu machen — was treibt sie? Warum treibt [es sie] in diese Ecken? Und vor allen Dingen, was mir viel wichtiger ist: Wie kriegen wir sie raus? Was sind die Punkte, mit denen man Menschen wieder ansprechen kann? Wir haben ja auch eine gewisse Sprachlosigkeit. Wir haben [uns] ja [von bestimmten Gruppen] auch ein Stück entfernt [...], mit denen gar keine Dialogmöglichkeit — weil es keine Brücken mehr gibt, die irgendwie [im Gespräch] begehbar sein können [...] — das alles muss man weiter versuchen. Da dürfen wir niemanden aufgeben, weil: Wir sind die Gesellschaft. Es würde uns alle betreffen. Da sehe ich aber auch gute Chancen und da muss man sich nur wirklich kluge Gedanken machen, die dann auch umsetzen, dabei immer ein bisschen frohgemut sein und dran glauben, dass Zukunft gelingen kann. Also, ich bin da durchaus, auch gerade in den letzten Jahren, eher optimistischer als vorher.

**[Siebert]** Und was erwarten Sie von *den* Westdeutschen?

**[Platzeck]** Also, wir haben ja unter anderem, auch das haben Befragungen ergeben, festgestellt, dass man A, viel zu wenig voneinander weiß. Bei den Bürgerdialogen, die vor Corona noch möglich waren, haben wir erleben können, körperlich erleben können — es war wirklich sehr, sehr schön, wenn man dann ein ganzes Wochenende mal zusammensitzt aus Partnerstädten [in] Westdeutschland [und] Ostdeutschland — man hat sich was zu sagen, man stellt fest, dass man viel öfter — alle haben dort gesagt: „Mensch, wir hätten viel öfter

schon mal miteinander reden müssen, da hätte es manche Missverständnisse nicht gegeben.“ Es hat sich doch in den letzten Jahren leider etwas ausgebreitet, in Ost und West. In Ostdeutschland kann man das [damit beschreiben]: „Schuld sind sowieso nur die Wessis!“ und im Westen hieß es immer: „Ach, jetzt haben wir so viel gezahlt in den letzten Jahren und die werden einfach nicht vernünftiger im Osten!“ Dieses Vorurteil — da hilft nur reden, da hilft nur begegnen. Wir haben gesagt, bis hin zum Schüleraustausch, bis zur Neu-Wiederbelebung von Städtepartnerschaften und und und, muss man eine ganze Menge auch initiieren. Ich würde mir von den Westdeutschen ein Stückchen mehr Neugier wünschen. Eines der Umfrageergebnisse sagt, dass jeder Ostdeutsche statistisch gesehen im Westen war, und zwar vielfach im Westen war, dass aber jeder vierte Westdeutsche [seinen Fuß], bis heute, [noch nicht] nach Ostdeutschland gelenkt hat. Das zeigt ja, dass es da auch ein Defizit im Vermitteln gibt und der Kenntnis und das würde ich mir einfach wünschen.

**[Siebert]** Letzte Frage: Die Kommission empfiehlt oder schlägt vor, den 9. November zu einem nationalen Feiertag zu machen. Warum nicht den 9. Oktober, den Tag der entscheidenden Montagsdemonstrationen in Leipzig?

**[Platzeck]** Also, hier muss man ein bisschen unterscheiden. [...] Unser Nationalfeiertag ist der 3. Oktober, das ist nunmal so. Es ist der Tag der Vereinigung. Der ist emotional nicht hoch besetzt, aber er ist inzwischen tradiert. Wir haben dann darüber hinaus vorgeschlagen, den 9. November zu einem nationalen Gedenktag zu machen, weil der 9. November [...] einmal emotional hoch besetzt [ist]. Das haben auch unsere Umfragen gezeigt. Das ist der am meisten besetzte Tag von allen möglichen Gedenktagen und er spiegelt unheimlich viel deutsche Geschichte. Also, von 1918, bis hin [zu] 1938, Progromnacht, bis hin dann 1989, dem Fall der Mauer. Das sind so wuchtige Ereignisse, die alle die deutsche Geschichte ganz wesentlich mitbestimmt haben, in völlig unterschiedlicher Prägung, dass es sich lohnt, diesen Tag, wo [praktisch] komprimiert unsere Vergangenheit [...] — die [uns auch] zeigt, was wir an Verantwortung mitnehmen müssen in die Zukunft, was wir aber auch an Freude und Mut mitnehmen können in die Zukunft. Deshalb ist der 9. als nationaler Gedenktag, der 9. November, sehr geeignet. Der 9. Oktober, der für mich übrigens— aber das hat [sich] in den Umfragen [...] nicht als tragfähig erwiesen — für mich ist es der wichtigste Tag, weil dort die friedliche Revolution entschieden wurde, durch zehntausende mutige Menschen, die sich nicht haben irre machen lassen von Panzern und Maschinengewehren und anderen Dingen in Leipzig an diesem Abend. Von dem Tag an ahnte man zumindest, [dass] die friedliche Revolution [gelingen kann]. Wir haben gesagt, das sollte man zu einem Tag der Demokratie machen, weil das [...] mit jedem Jahr, was vergeht, wahrscheinlich im Rückblick wichtiger [wird], auch für junge Leute, zu sehen: Dort kondensiert der Mut von vielen tausend Ostdeutschen, die, obwohl die Staatsmacht unheimlich die Zähne gezeigt hat — am 7. Oktober ja noch

Massenverhaftungen vorgenommenen hat und Prügelorgien in Berlin, in Potsdam und anderswo — dass sie trotzdem diesen Mut hatten. Das ist, glaube ich, für die Demokratiebildung, für die Zukunft, ein wichtiges Datum und deshalb haben wir gesagt, dieser Tag sollte in dieser Form dann seine Würdigung künftig erfahren.

**[Siebert]** Vielen Dank! Vielen Dank für das interessante Gespräch.

**[Platzeck]** Danke auch und [ich] wünsche noch einen erfolgreichen Tag.

**[Siebert]** Demnächst geht's hier [...] mit weiteren Gesprächspartnern aus der Bundesregierung und drum herum [weiter] und ich hoffe, Sie sind auch dann wieder dabei.

Das war „Aus Regierungskreisen — der Podcast der Bundesregierung“.

Mehr Informationen zur Politik der Bundesregierung finden Sie auf [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de) und auf unseren Social-Media-Kanälen.